



Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzende des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Anke Simon, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/3632
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

29. März 2023

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
Janina Ritter
janina.ritter@mffki.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5670
06131 16175670

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz am 16.03.23**

**TOP 3 „Schwerpunktjugendamt Trier mit der Aufnahme
und Unterbringung von UMA stark
überlastet“, Antrag der AfD - Fraktion,
Vorlage 18/3441**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz habe ich zugesagt, den Ausschussmitgliedern den Sprechvermerk zu
TOP 3 zukommen zu lassen. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen
den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Binz

Anlage

Anlage

Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

am 16.03.23

Antrag der Fraktion der AfD

TOP 3

Sprechvermerk

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Abgeordnete,

Bevor ich auf die Situation der Schwerpunktjugendämter eingehe, möchten ich Ihnen kurz die aktuelle Entwicklung darlegen:

Gegenüber 2021 hat sich die Zugangszahl unbegleiteter Minderjähriger bundesweit und auch in Rheinland-Pfalz fast verdreifacht. In 2022 haben wir 1.242 umA bei uns aufgenommen – davon fast die Hälfte im letzten Drittel des Jahres

Insgesamt erweist sich der Prozess der Schaffung zusätzlicher umA-Unterbringungs-kapazitäten schwieriger als 2015/2016. Geeignete und bezahlbare Immobilien sind vielerorts Mangelware und selbst wenn räumliche Unterbringungskapazitäten vorhanden sind, haben die Träger oftmals Schwierigkeiten, geeignetes Personal zur Betreuung zu gewinnen. Um hier mehr Möglichkeiten zu eröffnen, hat das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung im bereits frühzeitig befristet räumliche und personelle Anpassungen hinsichtlich der Mindestanforderungen bei der umA-Unterbringung vorgenommen.

Aufgrund der Zusammenarbeit mit 24 Jugendämtern ist das Schwerpunktjugendamt Trier besonders stark von der enormen Fallzunahme betroffen. Da auch in den An-

schlussjugendämtern oftmals die notwendigen Kapazitäten erst im Aufbau begriffen waren kumulierten sich durch den zunächst schleppenden Transfer in die angeschlossenen Jugendämter die umA-Fälle in Trier. Mit den Erstaufnahmeeinrichtungen in Speyer und Trier hat Trier die Zuständigkeit als Schwerpunktjugendamt für zwei zentrale Ankommensorte auch für umA.

Daher teilte Trier den angeschlossenen Jugendämtern Mitte November mit, von einer Regelung in der Zweckvereinbarung Gebrauch zu machen und befristet bis Ende 2022 keine umA für andere Kommunen zum Clearing aufzunehmen. Das Jugendamt Trier tat dies in Vorankündigung und guter Begründung gegenüber den angeschlossenen Jugendämtern. Wichtig war uns und auch dem Jugendamt Trier, dass dieses den anderen Jugendämtern bei Bedarf weiterhin beratend und unterstützend zur Seite stand. Unseres Wissens zeigten die meisten Kommunen Verständnis für die schwierige Situation in Trier.

Durch gemeinsame Anstrengungen von Jugendamt Trier und den freien Trägern konnten zwischenzeitlich die Platzkapazitäten in Trier gesteigert werden und wie angekündigt Anfang 2023 zum etablierten Verfahren zurückgekehrt werden. Das Jugendamt der Stadt hat jedoch angekündigt, aufgrund der hohen Zugangszahlen am Standort Speyer, die Aufgaben für die Stadt Speyer nicht weiter übernehmen zu können. Zwischen der Stadt Speyer und der Stadt Trier und auch mit uns gab es bi- und trilaterale Gespräche, um Lösungen auszuloten. Die nächste Gesprächsrunde – auch unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände – findet Ende März statt.

Das System der Schwerpunktjugendämter ist in Rheinland-Pfalz gut etabliert und fachlich anerkannt. Aber wir haben mit den Erfahrungen natürlich auch realisiert, dass wir das System auch für raschen und höheren Zugänge wie in den letzten Monaten krisenfester aufstellen sollten. Aktuell tritt die Fachabteilung meines Hauses daher mit den Kommunalen Spitzen, dem Landesjugendamt und natürlich den Jugendämtern in einen Austausch dazu, wie dies am besten gelingen kann.

Alle Jugendämter und Einrichtungen haben es durch große gemeinsame Kraftanstrengung erreicht, dass bisher die minderjährigen Geflüchteten möglichst gut und altersgerecht untergebracht und versorgt werden konnten. Dafür möchte ich an dieser Stelle den vier Schwerpunktjugendämtern, aber auch den anderen 37 Jugendämtern, den vielen Mitarbeitenden in den Einrichtungen und auch den Ehrenamtlichen meinen ganz herzlichen Dank für ihr hohes Engagement aussprechen.

Vielen Dank!